

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 54 (1975)
Heft: 5

Artikel: Die SPS auf der Überholspur
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339013>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Richard Lienhard

Zum Parteitag 1975

Die SPS auf der Überholspur

Der Sozialismus lässt sich nicht von oben dekretieren. Seine Verwirklichung ist undenkbar ohne die lebendige Wirksamkeit demokratischer Willensbildung.

Der Parteitag ist der Ort, wo sich diese Willensbildung vollzieht. Voraussetzung ist allerdings, dass an einer solchen Tagung die Vertreter aller innerhalb der Sozialdemokratie wirksamen Kräfte delegiert werden können. Diese Voraussetzung wird jeweils an SPS-Parteitagern nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch erfüllt. Ob dies auch bei Kongressen bürgerlicher Parteien stets der Fall ist scheint eher fraglich. Dort findet häufig genug gar keine echte Delegation von unten nach oben statt. So fehlt es dann meist an einem transparenten Prozess der Information, Diskussion und Meinungsbildung. Auch werden dort Kandidaten nicht immer von unten nach oben gewählt, sondern oft aus der Kulisse von Machtapparaten den Delegierten vor die Nase geschoben.

So erklärt sich, weshalb an SPS-Parteitagern die Meinungen oft hart aufeinanderprallen und Differenzen gelegentlich recht stürmisch ausgefochten werden.

Auch für eine politische Partei gibt es keine vom Schicksal vorgezeichnete Marschroute. Sie wird bestimmt auf Grund der Willensbildung innerhalb einer Partei, die weder Funktionärspartei noch Wählerpartei, sondern Mitgliederpartei sein will. Der Parteitag ist daher der Ort, wo über die nächste Etappe der Marschroute befunden wird. Insofern dürfte auch der Parteitag 1975 in die Geschichte der SPS eingehen. Es lohnt sich deshalb, in Kürze darauf einzugehen.

Politiker aus Leidenschaft

Hervorzuheben ist vor allem die Wahl von *Helmut Hubacher* zum Parteivorsitzenden. Zuvor aber durfte der scheidende Präsident, *Arthur Schmid*, den verdienten Dank der Delegierten für seine grosse Arbeit im Dienste der Sozialdemokratie entgegennehmen. Verdient machte er sich insbesondere durch seine Bemühungen, mit den Vertretern der jüngeren Generation ins Gespräch zu kommen, ihren Anliegen Verständnis entgegenzubringen und aufgerissene Gräben zu überbrücken. Nach einem

geflügelten Wort der Volksweisheit wird zwar allzuoft der Vermittler in Stücke gerissen. Arthur Schmid hat indessen dank seiner Konzilianz diese Vermittlertätigkeit heil überstanden. Auch blieb ihm die Genugtuung nicht versagt: er konnte das Steuer des Parteschiffs in einem Zeitpunkt übergeben, da sich der erste Erfolg seiner Bemühungen um die Integration der in der SPS wirkenden Kräfte abzeichnete (wobei nicht zu übersehen ist, dass diese erfreuliche Entwicklung durch das Geschehen an der Wirtschaftsfront begünstigt wurde).

Helmut Hubacher wurde in der «Weltwoche» versichert, dass er das undankbarste Amt angetreten habe. Das mag richtig sein, wenn man diesen Posten nach den in der bürgerlichen Bewusstseinsindustrie produzierten Kriterien beurteilt: Was bringt er ein? Welche Karrieremöglichkeiten bietet er? Wer aber unter dem Einfluss der Wohlstandslethargie nicht resigniert hat, sondern noch an die Kraft der mitreissenden Idee glaubt wird die Frage anders stellen: Gibt es für einen politisch denkenden Menschen eine attraktivere Aufgabe als das Präsidium einer Partei, die eine grosse gesellschaftliche Kraft darstellt und die dazu berufen ist, auch in unserm Lande eine moderne soziale Demokratie zu mobilisieren?

Freilich: zur Erfüllung einer so anspruchsvollen Aufgabe genügt das politische Denken allein noch nicht. *Walther Bringolf* hat unlängst gesagt, dass sich ein Politiker nur erfolgreich durchsetzen könne, wenn er von einer innern Leidenschaft beseelt sei. Wie ich Helmut Hubacher kenne, erfüllt er auch diese Voraussetzung.

Einem neuen Bodenrecht entgegen

Einmal mehr hatte sich der Parteitag mit dem Thema einer neuen Bodenrechtsinitiative zu befassen. Die Parteileitung votierte mehrheitlich für die gemässigte Variante, den sogenannten «Berner Vorschlag». Diesem Mehrheitsvorschlag stand der von der Minderheit vertretene sogenannte «Zürcher Vorschlag» gegenüber.

Dem «Berner Vorschlag» wurde am Parteitag bekanntlich – wenn auch recht knapp – der Vorzug gegeben. Nach dem ebenfalls knapp ausgefallenen Entscheid der Delegierten soll dieser Vorschlag endgültig sein. Die entsprechende Verfassungsinitiative dürfte allerdings erst im nächsten Jahr gestartet werden, jedenfalls nicht vor der Abstimmung über die Raumplanung.

Wie aber sieht nun dieser Initiativtext aus?

Der Eigentumsbegriff soll sozialisiert werden. Der Bund ist zu verpflichten, für eine breite Streuung des Grundeigentums zu sorgen. Juristische Personen dürfen Boden nur noch erwerben, sofern sie ihn zur Wahrung öffentlichen Interesses und gemeinnütziger Zwecke oder als Grundlage für ihren Produktions- oder Dienstleistungsbetrieb benötigen.

Auf dem Weg der Gesetzgebung sollen sodann Bund und Kantone dafür sorgen, dass den Gemeinden ein Verfügungsrecht zu Gunsten einer gerechtern Nutzung des Bodens eingeräumt wird. Schliesslich sollen ebenfalls auf dem Wege der Gesetzgebung Enteignung und Eigentumsbeschränkungen im öffentlichen Interesse ermöglicht werden, wobei die «angemessene Entschädigung» weder den Ertrags- noch den Steuerwert übersteigen dürfte.

Der «Zürcher Vorschlag» aber sah einen neuen Eigentumsbegriff vor. Danach wäre es inskünftig an den Gemeinden, über den Boden zu verfügen und gegen Konzessionsgebühren Nutzungsrechte an Personen des öffentlichen oder des privaten Rechts zu verleihen, wobei den Eigennutzern ein Prioritätsanspruch zukäme.

Es ist offensichtlich, dass der vom Parteitag vorgezogene «Berner Vorschlag» in einer Volksabstimmung leichter durchzubringen ist als der Minderheitsvorschlag. Dieser musste ausführlicher formuliert werden, da er von einem neuen Eigentumsbegriff ausging und so eine umfassende Regelung der Nebenfolgen bedingte. Damit passte er aber weniger gut in die Landschaft unserer Verfassung und wäre auch für die Stimmberechtigten schwerer verständlich gewesen (was natürlich über die Qualität des Modells nichts aussagt). Bis heute hat sich der Souverän gegenüber einer Reform der Bodenordnung sehr konservativ gezeigt. Auch hier gilt, was Bundesrat Ritschard am Parteitag sagte: Wir können uns kein anderes Volk aussuchen.

Dies spricht für den «Berner Vorschlag». Wohl wurde ihm bereits von bürgerlicher Seite der Kampf angesagt. Es lässt sich indessen fragen, was liberale Kreise gegen diese Initiative überzeugend vorbringen können. Die Forderung nach vermehrter Streuung von Grundeigentum wird längst auch ausserhalb der Sozialdemokratie erhoben. Die einschränkende Bestimmung betreffend Erwerb von Boden durch juristische Personen steht durchaus im Einklang mit der von bürgerlichen Parteien vertretenen These zur Verteidigung des Grundbesitzes: nämlich dass er dem Einzelnen ein Stück Freiheit zu vermitteln vermöge. Je mehr aber Boden in die Hand von anonymen Gesellschaften gelangt, umso mehr entfällt diese Begründung für die Existenzberechtigung von unbeschränktem Grundbesitz in privater Hand. Der Sprung zur Überführung des Grundeigentums in den Besitz der öffentlichen Hand ist dann nur noch gradueller, nicht mehr grundsätzlicher Natur. Die Bodenrechtsinitiative II bedeutete deshalb eine Reform der bürgerlichen Bodenordnung und dürfte dazu beitragen, dass sie zu überleben vermag. Dies ist vielleicht der Grund, weshalb man sich am linken Flügel unserer Partei so vehement gegen die Berner Lösung zu Wehr setzte. Einmal mehr wird man der Sozialdemokratie zum Vorwurf machen, sie sei Modernisierungsagentur des Kapitalismus. Dem ist aber entgegenzuhalten, was der unverdächtige

österreichische Sozialist und Austromarxist Günther *Nenning* in seinem jüngsten Werk zutreffend ausführt:

«In der Bewegung aus der alten zur neuen Gesellschaft funktioniert die Sozialdemokratie als Kraft, die innerhalb der alten Gesellschaft mitwirkt, an der vollen Entfaltung von deren Möglichkeiten, folglich zugleich an der Entfaltung der Möglichkeiten neuer Gesellschaft.»¹⁾

So wird die Sozialdemokratie noch eine Weile nicht darum herumkommen, auf zwei Hochzeiten zu tanzen.

Problematischer ist indessen das Postulat, gemäss welchem juristische Personen nur noch beschränkt die Möglichkeit haben sollen, Grundeigentum zu erwerben. Man denke einmal an die Konsequenz, die sich für den Mieter ergibt. Im Verhältnis Mieter/anonymer Vermieter entfällt in der Regel jene Abhängigkeit, die das Verhältnis zwischen Mieter und privatem «Hausmeister» nicht selten belastet. Der anonyme Hausbesitz hat somit für den Mieter auch seine Vorteile.

Solche Vorbehalte gegenüber der neuen Bodeninitiative vermögen indessen nichts daran zu ändern, dass sie im Kampf um eine bessere Bodenordnung einen respektablen Schritt nach vorne darstellt. Während ausserhalb der Sozialdemokratie über Bodenreform lediglich gesprochen wird in der stillen Erwartung, es lasse sich das Fell waschen, ohne es nass zu machen, hat die SPS das Startzeichen zur zweiten Bodenrechtsinitiative gegeben. Damit befindet sich die SPS eindeutig auf der Überholspur.

Wirtschaftsplanung statt Fortwursteln

Glücklich war die Idee der Parteileitung, die Referate von Bundesrat Ritschard und Parteipräsident Helmut Hubacher in einem Separatdruck einer weitem Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies weiss man vor allem dort zu schätzen, wo keine sozialdemokratische Tageszeitung mehr besteht.

Zu der Rede von Bundesrat Ritschard nimmt im folgenden Artikel *Peter Ziegler* Stellung. Mir bleibt ein kurzer Kommentar zu den Ausführungen von Helmut Hubacher.

Mit Recht hat er gefordert, dass zur Zeit die Arbeitsplatzsicherung Vorrang haben müsse. Das wünscht zwar auch unser politischer Hauptgegner; denn ihm ist klar, dass eine Massenarbeitslosigkeit gar leicht das politökonomische System des Bürgertums aus den Angeln heben könnte. Deutlich genug müssen wir Sozialdemokraten jedoch herausstellen, dass es nicht genügt, einfach die Vollbeschäftigung zu sichern. Wesentlich ist, *unter welchen Bedingungen* diese Arbeitsplatzsicherung erfolgt.

¹ Günther Nenning in «Rot und realistisch» (Europa-Verlag) S. 339

Zutreffend wandte sich Helmut Hubacher gegen eine Politik, welche die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage auf den Staat abwälzen möchte, während die Gewinne weiterhin privatisiert werden sollen. Bis vor kurzem gehörte es zum guten Ton des politischen Bürgertums, den Staat so kurz wie möglich zu halten, ihm besondere Steuern auf Vorrat zu verweigern und aus der öffentlichen Armut eine Tugend zu machen. Nun wird aber vom gleichen Staat gefordert, dass er bei Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation die nötigen Mittel zur Überwindung der Rezession bereitstelle.

Wir Sozialdemokraten haben rechtzeitig vor dieser widerspruchsvollen und von der Hand in den Mund lebenden Wirtschaftspolitik gewarnt. Nicht umsonst wurde von unserer Seite immer wieder auf die Bedeutung der Wirtschaftsplanung hingewiesen, das heisst auf die Verpflichtung der Gesellschaft, ihr Wirtschaftsschicksal bewusst zu gestalten.¹ Wie lange wurde die Sozialdemokratie verketzert, weil sie der Wirtschaftsplanung eine zentrale Stellung im Parteiprogramm zuwies! Nachdem sich in jüngster Zeit eindrücklich genug gezeigt hat, wie sehr die massgebenden Vertreter unserer Marktwirtschaft jede Voraussicht vermissen liessen, dürfte der Vorteil eines sozialdemokratischen Wirtschaftskonzeptes wieder deutlicher werden. Damit sollte jedermann bewusst werden, dass die SPS auf der Überholspur die Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen besser zu vertreten weiss.

Es darf keine Rolle spielen, dass wir vielleicht mit unseren gewerkschaftlichen und politischen Bemühungen dem kapitalistischen System ein Alibi liefern, und dass wir damit möglicherweise mithelfen, dieses System zu erhalten, wie das von einzelnen Genossen und Gruppen immer wieder behauptet wird.

Es geht auch hier um den heute lebenden Menschen, und vor dieser Priorität haben auch taktische Überlegungen zurückzutreten.

Niemand wird uns den Glauben an eine bessere Welt abkaufen, wenn er nicht sieht, dass wir bereits in dieser Welt alles unternehmen, um den Menschen zu schützen.

Bundesrat Willi Ritschard am Parteitag der SPS

¹ «Profil» 12, 1972, S. 342f.